

**Bezugspreis:**

Durch Träger monatlich RM. 1.40  
aufschlags 20 Pfg. Zustellgebühr,  
durch die Post RM. 1.70 (einschließlich  
des 20 Pfg. Postzuschlags).  
Preis der Einzelnummer 10 Pfg.  
In Fällen höherer Gewalt besteht  
kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Wiedererstattung des  
Bezugspreises. — Geschäftsamt für  
beide Teile in Neuenbürg (Württ.)  
Fernsprechnummer Nr. 404

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. G. G. G.  
Verleger: Dr. G. G. G., beide in  
Neuenbürg a. Ob. (Württemberg).

# Der Enztäler

**Anzeigenpreis:**

Die kleine Anzeigen-Zeile 7  
Zeilen, 10 Pfg. pro Zeile, 10 Pfg. für  
den ersten Tag, 5 Pfg. für die  
folgenden Tage. Bei längerer  
Anzeigezeit wird nach Vereinbarung  
abgemacht. — Die Zeitung er-  
scheint Montag, Dienstag, Donnerstag,  
Freitag, Samstag, Sonntag, Feiertage.

Verlag: Der Enztäler, G. m. b. H.  
Druck: E. W. G. G. G., beide in  
Neuenbürg a. Ob. (Württemberg).

Parteiamtliche  
nationalsoz. Tageszeitung

Wildbader NS-Presse  
Birkensfelder, Calmbacher und  
Herrrenalber Tagblatt

Amtsblatt für  
das Oberamt Neuenbürg

Nr. 217

Dienstag den 18. September 1934

92. Jahrgang

## Sowjetrußlands Doppelantlitz

Heute nachmittag feierlicher Einzug im Völkerbund — Wählerarbeit im schwedischen Heer

Genf, 17. Sept. Die Völkerbundversammlung des Völkerbundes, in der die Aufnahme Sowjetrußlands vollzogen werden soll und der Einzug der Russen zu erwarten ist, ist am Dienstag nachmittag 3.30 Uhr festgesetzt worden.

Die von dem Spanier Madariaga im Politischen Ausschuss des Völkerbundes eingebrachte Entschließung, der Aufnahme der Sowjetunion empfehlen, wurde, wie gemeldet, mit 38 Stimmen gegen die Stimmen der Schweiz, Portugal und Holland angenommen. Der Entschließung beifolgt sieben Staaten, und zwar Argentinien, Belgien, Kuba, Luxemburg, Nicaragua, Peru und Venezuela. Außerdem waren bei der Abstimmung nicht anwesend Finnland, Panama, Paraguay und Siam. Sie fehlen auch in allen Listen, sowohl in der Liste der Ja-Sager wie der Nein-Sager oder der Staaten, die sich der Stimme enthalten haben.

### Die Beratungen des politischen Ausschusses

Die Sitzung dieser Kommission wurde von allen politisch interessierten Kreisen mit ungeteilter Spannung erwartet. Der Andrang zu der Sitzung war deshalb so stark, wie schon lange nicht mehr.

Zunächst ergreift in der Sitzung der portugiesische Delegierte da Mata das Wort, um zu erklären, daß der Eintritt Rußlands im Gegensatz zu den Ideen der gesamten zivilisierten Welt stehen würde. Nachdrücklich wies der Redner auf die Gefahr einer verstärkten russischen Propaganda hin, deren Ziel es sei, die Grundlagen der Staaten zu zerstören.

Angemessen scharf ging der zweite Redner, der schweizerische Delegierte, Motta, mit der Sowjetunion ins Gericht. Er stellte ganz klar und deutlich fest, daß die Schweiz entschlossen sei, auf ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Aufnahme Rußlands in den Völkerbund zu beharren, insbesondere auch deshalb, weil eine Ja-Stimme gleichbedeutend mit einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland war.

Ran sind die Würfel gefallen. Wir haben die Rolle eines Wächters und Warnings vorgezogen, hoffen aber, daß die Zukunft unser Mittrauen für übertrieben erweisen wird. Wir zählen darauf, daß alle anderen Staaten uns helfen werden zu verhindern, daß Genf ein Heerd zerstörerischer Propaganda wird. Wir werden wachsam sein.

### Der Schluß der Aussprache

Als letzter Redner in der Montagsitzung des Politischen Ausschusses erklärte Madariaga für Spanien die Zustimmung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund. Dann schlug er eine Entschließung vor, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die 6-Kommission in Erwägung der an Rußland durch 34 Staaten ergangenen Einladung und in Würdigung der russischen Antwort, in der die Sowjetunion sich zur Erfüllung der für alle Völkerbundsmächte geltenden internationalen Verpflichtungen bereit erklärt, der Völkerbundversammlung die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund entziehe.

Diese Entschließung wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen (Schweiz, Holland, Portugal) und bei sieben Stimmenthaltungen, hauptsächlich südamerikanische Staaten, angenommen.

Sehr interessant ist die Begleitmusik, die zur Aufnahme Rußlands in den Völkerbund von den meisten daran beteiligten Mächten geliefert wird. Mit besonderer Spannung sah man der russischen Begründung der Öffentlichkeit gegenüber entgegen. Heute liegt diese Begründung vor. Die Aufgabe, die Sache mit dem Völkerbund irgendwie zu rechtfertigen, hat die „Izwestija“ übernommen. Dabei ist zu bemerken, daß die russische Öffentlichkeit überhaupt erst jetzt von den Verhandlungen über den Eintritt Rußlands in den Völkerbund erfahren hat. Man muß eigentlich still lächeln, wenn man

die hochtrabenden und von politischer Weisheit triefenden Wendungen liest, die das russische Organ seinen Lesern vorsetzt. Es versucht der ganzen Geschichte das Bild zu geben, als ob sich die Sowjetunion in ihrer feierlichen Politik dermaßen um die Aufrechterhaltung des Friedens bemüht habe, daß die einst so bösen Nachbarn nun überwältigt in den Klau eingestimmt hätten: Kommt zu uns, wir wollen zusammen den Frieden sichern.

Daß es sich in diesem Zusammenhang das russische Blatt nicht verhehlen kann, die beiden aus dem Völkerbund ausgetretenen Staaten Deutschland und Japan der kriegerischen Absichten zu verdächtigen, nimmt weiter nicht wunder. Schließlich muß es ja einen Sündenbock geben.

### Die Ergänzungswahlen zum Völkerbund

Die Völkerbundversammlung nahm am Montag nachmittag die jährlichen Ergänzungswahlen zum Völkerbundrat vor. Gewählt wurden Chile, Spanien und die Türkei.

### Vernichtung der Minderheiten in Rußland

Wien, 17. Sept. Der Generalsekretär des europäischen Minderheitenkongresses, Oswald Amden, schildert in der christlich-sozialen „Reichspost“ in drastischer Weise im Zusammenhang mit dem Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund die planmäßige Vernichtung der in den Vereinen der Sowjetunion lebenden Völkergruppen durch die Moskauer Regierung. In der Darstellung wird besonders eingehend die Vernichtung des Rußland-Deutschtums im Sowjetstaat geschildert. Von den 1933 noch eine Million zählenden deutschen Volksgruppen sollen nahezu 140 000 Menschen durch Hungertod und durch systematische Verbannung in die Wälder Rußlands vernichtet worden sein. Das wahre Gesicht der heutigen Moskauer Nationalitätenpolitik sei die planmäßige Ausrottung der kulturellen Vorkämpfer aller Völker und Volksgruppen. Angehts des Vorgehens der Moskauer Behörden gegen die einzelnen Volksgruppen sei jetzt beim Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund die Anerkennung der Grundzüge des Nationalitätenrechts von Seiten der Moskauer Regierung durchzusetzen. Werde dies unterlassen, so würde dies nur eine Ermunterung für die Moskauer Regierung bedeuten, das Vernichtungswerk fortzusetzen und zu beenden.

## Die Schicksalsstunde der evang. Kirche

Rundfunkansprache des geistl. Kommissars für Württemberg

Stuttgart, 17. September.  
Der geistliche Kommissar für die Evang. Landeskirche Württemberg, Stadtpfarrer Krauß, hielt am Samstag über den Reichsfesttag Stuttgart folgende Ansprache:

Liebe deutsche, evangelische Volks- und Glaubensgenossen!

In dieser Stunde unserer württembergischen evangelischen Kirche habe ich die innere Verpflichtung, an euch ein Wort zu richten. Die Vorgänge der letzten Tage haben es notwendig gemacht, daß Herr Landesbischof Wurm und ein Teil der Herren des Oberkirchenrats bis auf weiteres durch den Reichswalter der Deutschen Evang. Kirche beurlaubt wurden. Mit der Weiterführung der Geschäfte des Herrn Landesbischofs hat der Herr Reichsbischof zunächst mich beauftragt. Ich bin als alter Soldat dem Befehl gefolgt und bleibe auf dem Posten, bis ich abgelöst werde. Mein Wille ist kein anderer als mitzuhelfen, daß das Einigungswerk unseres Führers mit unserer evang. Kirche und nicht ohne unsere evang. Kirche vollendet werde. Mit großer Sorge haben

### Kommunisten behen in Schweden

Stockholm, 17. Sept. Das Stockholmer Abendblatt „Nya Dagligt Allehanda“ bringt in größter Aufmerksamkeit eine Erklärung des schwedischen Generalkonvents über die kommunistische Wahl- und Parteiarbeit in der schwedischen Wehrmacht. In der Erklärung des Generals heißt es wörtlich, daß die staatsfeindliche Agitation einen solchen Umfang und derartige Formen angenommen hat, daß eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt der Armee besteht.

Auf Grund der Berichte, heißt es in der Erklärung weiter, die er als Generalkonvent in der Armee erhalte, mache sich die kommunistische Propaganda bei sämtlichen Truppenteilen geltend; es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Truppenteile alles täten, um diese Parteiarbeit zu unterdrücken. Es müsse aber betont werden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse alles andere als zufriedenstellend seien. Von der Armee sei der Versuch gemacht worden, wirksamere gesetzgeberische Maßnahmen zu erreichen. Die Beratungen der Regierung darüber seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

### Rote Heher unschädlich

Nach einjähriger Verhandlung verurteilte das Volksgericht heute wegen Vorbereitung zum Hochverrat, teilweise in Tateinheit mit Pressevergehen, den 27 Jahre alten Berner Schurz zu 3 Jahren Zuchthaus, den 36jährigen Erich Ditzgen und den 37jährigen Wolf Hobdin zu je 2 Jahren Gefängnis und den 46jährigen früheren kommunistischen Redakteur Artur Dombrowski zu einem Jahr 9 Monaten Gefängnis.

Die Angeklagten waren Mitglieder der Reichsleitung der Roten Hilfe, einer verbotenen Nebenorganisation der KPD, die, wie in der Urteilsbegründung festgehalten wurde, die gleichen ungesetzlichen Ziele verfolgte, wie die KPD, selbst. Sie haben im Dachgeschoss des Hauses Unter den Linden 16 in Berlin ein illegales, durch Alarmvorrichtungen gesichertes und mit geheimen Ausgängen versehenes Büro errichtet, von dem aus hochverräterische Flugschriften und Rundschreiben verbreitet und der Massenverkehr erledigt wurde. Schurz hatte im Auftrag der Reichsleitung versucht, die verbotene Organisation in Württemberg wieder aufzubauen. Er hat seine staatsgefährliche Tätigkeit noch bis Anfang des Jahres fortgesetzt.

nahmen zur Eingliederung der Landeskirchen erhobenen Beschwerden nach eingehender Prüfung endgültig zurückgewiesen. Damit ist für jeden Deutschen ohne weiteres die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen gegeben. Ein Widerstand gegen die Eingliederung auch unserer väterl. Landeskirche ist nicht nur ausichtslos, sondern ist zugleich auch ein Widerstand gegen den ausgesprochenen Willen des Führers selbst. Unsere Aufgabe ist es, jetzt mit Wahrhaftigkeit, Treue und Liebe wieder zusammenzuführen, was getrennt wieder aufzubauen, was zerstört ist. Das ist eine schwere, bitter-süßere Aufgabe in dieser Stunde. Wir brauchen dazu die volle Mitarbeit jedes einzelnen, der sein Volk und seine evang. Kirche liebt.

Es geht jetzt gewiß nicht um Menschen, um einzelne Personen — es geht um die Eingliederung von Kirche und Volk, von Nationalsozialismus und Christentum. Der Nationalsozialismus hat sich in seinen Handlungen bewährt als die Erfüllung der sittlichen Forderungen des wirklichen Christentums. Beide gehören im Wesentlichen und Innersten zusammen. Unser Volk hat die Stunde erkannt, die ihm von Gott zu seiner Erneuerung gegeben wurde, unser Volk hat den Führer erkannt, der es in eine neue Zukunft führen wird. Soll unsere Kirche daneben stehen und Zeit und Stunde verstreuen? Nein, auch wir sehen in Adolf Hitler den unserem Volk von Gott gegebenen Führer und leisten ihm willig und freudig Gefolgschaft.

Es ist nicht der Wille des Führers, noch des Reichsbischofs, noch irgend eines verantwortlichen Mannes in der Deutschen Evang. Kirche, das Bekenntnis der Väter zu verletzen. Was unseren Vätern heilig war, ist auch uns heilig. Kein Mensch soll und wird wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus in Deutschland irgend etwas zu leiden haben; im Gegenteil, je mutiger und talenterter er dem Herrn Christus nachfolgt, desto besser dient er seinem Volke.

Deshalb gilt es zu vergessen, was vergangen ist und vorwärts zu schauen auf das Neue, das werden soll. Wir geben uns Werk und rufen zur Sammlung alle die Treuen und Echten im Volk. Unsere Lösung ist: Alles für Christus und deshalb alles für Deutschland; unserem Volk haben wir die Botschaft Christi mit Einigkeit unseres ganzen Lebens anzurichten. Martin Luthers Wort ist uns heilige Verpflichtung: „Reinen Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen!“

### Öffentliche Auseinandersetzungen verboten

Eine Verordnung des württembergischen Innenministeriums zum evang. Kirchenstreit

Das Württ. Innenministerium hat folgende Verordnung über den evangelischen Kirchenstreit vom 17. September 1934 erlassen:

Am 14. September und 16. September 1934 kam es im Verlauf von Auseinandersetzungen über den Kirchenstreit zu bedauerlichen Vorfällen und Außerordnungen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 83) werden daher zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres alle den evangelischen Kirchenstreit betreffenden Auseinandersetzungen in öffentlichen Versammlungen (auch in den Kirchen), in der Presse, in Flugblättern und Flugschriften für Württemberg verboten. Ausgenommen von diesem Verbot sind amtliche Berichterstattungen, auch solche des Reichsbischofs und des rechtmäßigen württembergischen evangelischen Oberkirchenrats.

Zu Wiederhandlungen gegen das Verbot sind nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 83) strafbar.







